



An das Amt der Tiroler Landesregierung

Abteilung Landesentwicklung

Betreff: Rückmeldung von Parents For Future und Teachers For Future zum 2. Maßnahmenprogramm zur Tiroler Nachhaltigkeits- und Klimastrategie

Innsbruck, am 19.01.2025

Sehr Geehrte,

im Rahmen der öffentlichen Begutachtung zum 2. Maßnahmenprogramm zur Tiroler Nachhaltigkeits- und Klimastrategie ergreifen wir als Parents For Future und Teachers For Future die Gelegenheit, unsere Sichtweise und Anregungen im Folgenden darzustellen.

Wir begrüßen die beinahe fristgerechte Veröffentlichung des Entwurfs und die Weiterentwicklung sowie die bisher erfolgten Evaluierungsschritte. Viele Akteur_innen in Tirol einschließlich der Gebietskörperschaften setzen engagierte Schritte zur Verbesserung im Bereich Klimaschutz und Klimawandelanpassung. Das Maßnahmenprogramm enthält viele gute Ansätze und wertvolle Ressourcen, die einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der Klimakrise leisten können.

Die Katastrophen der letzten Monate lassen erahnen, was auf die kommenden Generationen zukommt. Naturgesetze sind nicht verhandelbar. Wir können sie nicht ignorieren oder mit politischen Beschlüssen außer Kraft setzen. Ein Gesetz zur Abschaffung der Schwerkraft wird uns nicht zum Schweben bringen. Ebenso wenig dürfen wir die physikalischen Gesetze des Erdklimas außer Acht lassen. Die Erderwärmung folgt unveränderlichen physikalischen Gesetzen, und jede Verzögerung im Handeln wird uns unweigerlich mit den Konsequenzen konfrontieren.

Die Wissenschaft zeigt unmissverständlich, dass die Verbrennung fossiler Energieträger und die ungezügelter Freisetzung von Treibhausgasen die Erde aufheizen.

Als Eltern und Lehrer_innen sehen wir uns in der Pflicht, darauf hinzuweisen, dass das Tempo der Transformation bei Weitem nicht ausreicht, nicht international, nicht national und auch nicht in Tirol. Im Gegenteil:

Mit dem Ziel, erst 2050 komplett auf klimaneutrale Energie umgestellt zu haben, hinkt unser Bundesland dem Ziel Österreichs um 10 Jahre hinterher.

Allein die Begrifflichkeiten erscheinen uns inzwischen nicht mehr passend: Klimaschutz und Umweltschutz ist Menschenrecht, ist Kinderschutz, ist ein Menschenrecht. Schon lange sehen wir nicht mehr einen Klimawandel. Wir sind mitten in der Klimakrise mit unermesslichen menschlichen, ökonomischen und ökologischen Kosten. Investitionen in Klimaschutz und Klimagerechtigkeit sind das Gebot der Stunde, wirtschaftlich, menschenrechtlich und ökologisch.

Ausrichtung an der Strategie (Strategy alignment), Einhaltung der Zielpfade?

Die Tiroler Landesregierung hat mit der Nachhaltigkeits- und Klimastrategie 2021 ein ambitioniertes Programm für dieses Jahrzehnt vorgelegt, das durch den Maßnahmenplan umgesetzt werden soll. Der Maßnahmenplan ist daher kein Sammelwerk aller ohnehin geplanten Maßnahmen der verschiedenen Bereiche, sondern muss alle Aktionen enthalten, die zur Erreichung der strategischen Ziele notwendig sind. Dies ist im Entwurf des Programms nicht immer erkennbar. Erschwert wird die Verfolgbarkeit durch eine unterschiedliche Anordnung der Handlungsfelder in Maßnahmenplan und Strategie. Nicht immer ist leicht erkennbar, welche Maßnahmen welchem Ziel dienen. Insgesamt bleibt fraglich, ob mit der Summe der vorgestellten Maßnahmen die Ziele der Strategie tatsächlich erreicht werden. **Insbesondere im Hinblick auf das Ziel der massiven Reduktion der Treibhausgas-Emissionen, ist die ausreichende Effektivität der geplanten Maßnahmen nicht erkennbar.**

Indikatoren und Zielwerte

Für die Sicherstellung (d.h. Planung und Monitoring) der Effektivität der Maßnahmen im Sinne der Zielerreichung ist die Formulierung von Indikatoren unablässig. Hier stellt der Entwurf des zweiten Maßnahmenplan eine deutliche Verbesserung zum ersten Plan dar. Allerdings fehlen einige - auch offensichtliche - Maßnahmen-Indikatoren (wie die Anzahl der errichteten Windkraftanlagen). Zudem fehlen die auf einem Zielpfad basierenden Zielwerte zu den Indikatoren. Einzig dem Monitoring-Bericht sind einige Zielpfade zu entnehmen. Diese scheinen aber nicht immer

ausgewogen (z.B. Anteil erneuerbare Energien am energetischen Endverbrauch in Prozent steigt laut Zielpfad überproportional ab 2040).

Was die Evaluierung der bisher gesetzten Maßnahmen und die im Entwurf vorgelegten betrifft, fehlt uns an vielen Stellen die Messbarkeit und Aussagekraft der Kennzahlen. Welche Wirkung entfalten also die genannten Maßnahmen in Bezug auf das Ziel der Klimaneutralität?

Alle Maßnahmen müssen zusammen dazu führen, dass wir als Tiroler Bevölkerung unser CO₂-Budget nicht überschreiten. Bei knappen Ressourcen sind jene Maßnahmen zu bevorzugen, die den größten Beitrag zur Zielerreichung leisten.

Es gibt keine direkten Querverweise zum 1. Maßnahmenkatalog. Aus dem 2. Maßnahmenkatalog geht nicht hervor, welche Maßnahmen weitergeführt werden und welche neu sind. Auch wird keine Information veröffentlicht, welche Maßnahmen aufgrund von fehlenden Erfolgen nicht weiterverfolgt werden, bzw. welche Maßnahmen auf große Resonanz gestoßen sind, beachtenswerte Erfolge erzielt werden konnten und deshalb auch im 2. Maßnahmenkatalog angeführt sind.

Ad 2, Governance:

Viel Verantwortung liegt beim Thema Klimaschutz beim Bund. **Wir appellieren an Sie, besonders im Hinblick auf die nächste Bundesregierung, Ihren politischen Einfluss vehement geltend zu machen, wo es um die Zukunft unserer Kinder geht. Populistische Polarisierung gegen Klimaschutz, Bagatellisierung und Fehlinformation dürfen nicht gewinnen.**

Ad 4, Energieversorgung:

Krisenresilienz in der Energieversorgung kann durch ein Zusammenspiel zwischen den großen, zentralen Wasser-, Speicher- und Pumpspeicherkraftwerken mit dezentralen, privaten, kommunalen Photovoltaikanlagen gelingen. Bei Waldbränden, Netzunterbrechungen, Murenabgängen, umgefallene Bäumen auf Stromleitungen, ... die die Energieversorgung unterbrechen, können Photovoltaikanlagen in Kombination mit Stromspeichern eine wichtige, zwar nur wenige Stunden überbrückende, jedoch entscheidende Basisversorgung mit Energie bedeuten. Stromspeicher sollten also ähnlich wie Notstromdieselaggregate für entscheidende Gebäude wie Gemeindeämter, Polizeistationen, Schulen, Krankenhäusern, Hochwasserpumpstationen, Funkstationen, etc. angedacht werden.

Der Ausbau an Photovoltaik ist dem weiteren Ausbau von Wasserkraft vorzuziehen, ausgenommen Trinkwasserkraftwerke und Revitalisierung von älteren Wasserkraftwerken. Wasserkraft wird zwar als erneuerbare Energiequelle bezeichnet, jedoch ist das Wasserkraftpotential in Tirol weitestgehend hinsichtlich der

Einhaltung der EU-Wasserrahmenrichtlinie ausgeschöpft. Der ökologische Zustand der Fließgewässer darf nicht weiter verschlechtert werden. Ein Ausbau der Wasserkraft auf den wenigen verbliebenen natürlichen Fließstrecken ist kontraproduktiv und wird von den Parents For Future nicht unterstützt. Hinsichtlich der strategischen Ressourcennutzung muss auch den zukünftigen Generationen noch ein geringes ausbaufähiges Wasserkraftpotential zugestanden werden. Die angeführten Daten (Maßnahme (3), Seite 7), dass 40 % des verfügbaren Potenzials erschlossen werden soll, bezieht sich wohl auf das theoretisch, physikalisch vorhandene Potential, jedoch nicht auf das ökologisch vertretbare Potential.

Wir unterstützen die Forcierung von Photovoltaik auf Dachflächen. Diese sollte noch stärker vorangetrieben werden. Bsp. (Seite 13): Die genannte Verpflichtung der Errichtung einer Photovoltaikanlage für bestehende Nichtwohngebäude ab 500 m² Gesamtnutzfläche sollte auch auf Wohngebäude und bestehende Parkplätze ausgeweitet werden.

Außerdem sollte der Gebäudebestand stärker in die Energiewende einbezogen werden. Die Installation von Photovoltaikanlagen auch auf bestehenden privaten und gewerblichen Gebäuden sollte im Rahmen von Dachsanierungen Pflicht werden, insbesondere als Bedingung für Inanspruchnahme von Fördermitteln für die Sanierung. Die Förderungen müssten entsprechend konzipiert werden, um die Sanierungsraten zu erhöhen.

Die elektrische Stromspeicherung sollte eine größere Rolle bei der Netzstabilisierung spielen. Aus unserer Sicht ist die förderbare Speicherkapazität zu gering.

Das Abwärmepotential von Wasserkraftwerken wurde im Entwurf nicht erwähnt, die Potentiale von Biogasanlagen, Flusswärmepumpen und Geothermie für die Energiewende nicht berücksichtigt.

Ad 4, Gebäude und Raumordnung

Wir freuen uns über das Ja zur „Österreichischen Bodenstrategie“ und über das Bekenntnis zu „Netto-Null“ für die weitere Widmung von Bauland.

Wir begrüßen die Bemühungen, Leerstand zu aktivieren. Dies könnte neben den ökologischen Themen einige weitere Problemlagen entschärfen: hohe Wohnkosten, Wohnungsnot, verstärkter Widmungsdruck auf Bürgermeister_innen, Landflucht, ... Wir vermissen allerdings die Vehemenz, das Thema regulierend voranzutreiben, um insbesondere illegale touristische Nutzungen (airbnb) zu sanktionieren.

Die thermisch-energetische Sanierungsrate im Gebäudebestand muss deutlich erhöht werden (Seite 14, 15, 21, 22,...) Dafür braucht es aus unserer Sicht eine eigene Strategie mit entsprechenden Zielwerten. Welche Gebäude verursachen die größten Energieverluste? Wie kann die Sanierung dieser Gebäude gezielt initiiert werden? Wir empfehlen die Erstellung eines landesweiten Sanierungsplans, der

vorsieht, dass die am schlechtesten gedämmten Gebäude zuerst saniert werden. So kann trotz des bestehenden Handwerkermangels eine gute Dekarbonisierung erreicht werden.

Methoden wie die „serielle Sanierung“, die in den Niederlanden praktiziert wird, könnten einen großen Unterschied insbesondere bei alten Gebäuden machen (siehe: <https://de.wikipedia.org/wiki/Energiesprong>).

Wir unterstützen eine ökosoziale und klimafreundliche Reform des Wohnungseigentumsgesetzes, weisen jedoch darauf hin, dass ca. 50 % der Tiroler Bevölkerung nicht in Eigentum lebt und von einer Novellierung des Bundesgesetzes für diese Bevölkerungsgruppe keine Verbesserung zu erwarten hätte. (Quelle: Statistik Austria, <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/wohnen/wohnsituation>) Wir regen daher an, speziell große, im Einfluss des Landes stehende Wohnbauträger und Hausverwaltung in den Fokus hinsichtlich Energieeffizienz und klimaneutrale Heizsysteme zu rücken.

Aus unserer Sicht könnte rechtlich geprüft und vorgeschlagen werden:

- Ein Recht für Vermieter_innen, bei einer Sanierung die Miete um die durchschnittlich zu erwartende Heizkostenreduktion zu erhöhen.
- Ein Verbot für Vermieter_innen, die Miete an die Inflation anzupassen, wenn der Heizwärmebedarf höher ist als $X \text{ kWh/m}^2\text{a}$ - wobei X nach Jahren gestaffelt sinkt, um bei den schlechtesten Gebäuden zuerst einen Anreiz zu setzen. Ohne Investitionen dürfte die Miete nicht steigen.
- Ein allgemeines Recht auf Wärmedämmung, wonach Mieter_innen Anspruch auf einen thermischen Mindeststandard haben.
- Heizwärmebedarf-abhängige Mietobergrenzen.

Weitere Vorschläge und Ideen ad 4, Gebäude und Raumordnung:

- Die Energieberatung für Hausverwaltungen und Unternehmen sollte verpflichtend werden.
- Gemeinnützige Wohnbauträger sollten Vorreiter_innen sein und damit verpflichtet, ökologische Baustoffe zu verwenden. Holz, Hanf, Zellulose wirken als natürliche CO₂-Speicher viele Jahre und fördern zudem die Wertschöpfung in Europa. Durch einen vermehrten Einsatz innovativer, ökologischer Dämmstoffe würde auch deren Preis sinken und damit die Konkurrenzfähigkeit gegenüber kaum rezyklierbaren Kunststoffen (Styropor) steigen.
- Zum zu erwartenden Fachkräftemangel im Rahmen der Energiewende: In Zusammenarbeit mit AMS und WKO könnten gezielt arbeitssuchende

Menschen, Quereinsteiger_innen und Jugendliche an die entsprechenden Berufe bzw. Ausbildungen vermittelt werden.

- Förderung von Forschung, Erprobung und Einsatz effizienter Sanierungstechniken, um den Fachkräftemangel teilweise zu kompensieren.
- Förderung von Weiterbildungsinitiativen für Handwerker_innen im Bereich der Energiewende.
- Förderung von Kooperationen zwischen Handwerker_innen und Bildungseinrichtungen, um praxisnahe Ausbildungs- und Fortbildungsprogramme zu entwickeln und Praktika zu erleichtern.
- Förderung der Entwicklung von "plug-and-play"-Solarmodulen, die eine einfache und sichere Installation ermöglichen, die von weniger hoch qualifizierten Arbeitskräften erledigt werden kann.

Ad 5, Gesellschaft und Schutz:

Als Teachers 4 Future Tirol fehlt uns insbesondere eine klare Definition der Verantwortlichkeiten im Bereich der Schule, denn die besten Angebote sind wenig effektiv, wenn Sie nur geringen Eingang in die Schulen finden. Daher fordern wir, dass an allen Schulen eine Person als Nachhaltigkeitsbeauftragte zur besseren Koordination eingesetzt wird.

Zum anderen sorgen wir uns um den Vertrauensverlust der Jugendlichen in die Politik und in die eigene Handlungsfähigkeit, wenn auf die Aussagen von Politiker_innen kein entsprechendes Handeln folgt.

Verbindlichkeit von BiNE

Der Maßnahmenplan erkennt die Bedeutung von „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BiNE) an und stellt Ressourcen bereit, um Schulen bei der Umsetzung zu unterstützen. Er bleibt jedoch bei Angeboten und damit in seinen Formulierungen zu unverbindlich. Unsere Erfahrung zeigt, dass Veränderungen nur dann gelingen, wenn sie systematisch angegangen werden. Ohne eine direkte Verantwortlichkeit bleibt es häufig dem Engagement einzelner Lehrkräfte überlassen, ob überhaupt etwas umgesetzt wird. Dies ist nicht nachhaltig und wird den Herausforderungen, vor die BiNE uns stellt, nicht gerecht. Wir fordern daher die verpflichtende Ausschreibung der Funktion von Nachhaltigkeitsbeauftragten an allen Schulen. Diese können und sollen als zentrale Ansprechpersonen fungieren, Maßnahmen koordinieren und sicherstellen, dass Klimabildung verlässlich in den Schulalltag integriert wird. Dies ist essenziell, um Bildung für nachhaltige Entwicklung systematisch zu verankern und von individuellen Initiativen unabhängig zu machen.

Über das Netzwerk BiNE sowie weitere Träger werden attraktive Ressourcen aggregiert, es gibt Förderungen für Projekte und Exkursionen. Damit diese Mittel der Absicht entsprechend zum Einsatz kommen und alle Schüler_innen erreichen - nicht nur diejenigen derer Lehrkräfte, die sich der Thematik verpflichtet fühlen - braucht es eine klare Zuständigkeit sowie den Einfluss, der mit einem solchen Amt einhergeht.

Vertrauen und politische Handlungsfähigkeit

In der schulischen Praxis sehen wir, dass viele Jugendliche mit Desinteresse oder Ohnmachtsgefühlen auf die Politik schauen. Die Klimakrise nimmt dabei eine besondere Rolle ein: Viele junge Menschen zeigen sich irritiert von den widersprüchlichen Signalen aus der Politik, wenn die Dringlichkeit der Lage betont wird, doch die politischen Maßnahmen oft halbherzig oder inkonsequent bleiben. Wenn man jedoch den wissenschaftlich bewiesenen Ernst der Lage anerkennt, wie es so viele Politiker_innen in ihren Aussagen tun, müssten Abwendung der Krise und Anpassung an die Folgen eine höhere Priorität haben. Dass diese Dringlichkeit keinen angemessenen Ausdruck in politischem Handeln findet, lässt nur den Schluss zu, dass die Politik entweder unwillig oder unfähig ist, Lösungen zu finden. Beides erodiert das Vertrauen, sowohl in politische Entscheidungsträger_innen als auch in das ganz individuelle Handlungsvermögen. Dieses Untergraben des Vertrauens unserer Jugendlichen erschwert es, sie für die aktive gesellschaftliche Mitgestaltung zu motivieren. Sie nehmen den Widerspruch von Worten und Taten wahr und verlieren das Vertrauen in die Wirksamkeit von politischem und gesellschaftlichem Engagement. Schulen spielen eine zentrale Rolle, um jungen Menschen Hoffnung und Handlungsfähigkeit zu vermitteln. Dies erfordert jedoch, dass die politische Ebene ihr Bekenntnis zu Klimaschutzmaßnahmen mit mehr Ernsthaftigkeit verfolgt und dass erreichte Ziele deutlich aufgezeigt werden, um Zuversicht zu stiften.

In diesem Sinn fordern wir als Parents and Teachers For Future die Stärkung des Tiroler Jugendbeirates bzw. Etablierung eines Klimajugendbeirates. Ein Anhörungsrecht bei klimapolitischen Entscheidungen und ein regelmäßiges, zumindest halbjährliches Austauschforum zwischen Politik und Klimajugendbeirat könnten die Wirksamkeit erhöhen und Entscheidungsträger_innen mehr in Verbindung mit den Ängsten und Ideen der nächsten Generation in Kontakt bringen.

Säumigkeit, Halbherzigkeit, Greenwashing und Fehlentscheidungen in der Klimapolitik gefährden die Kinderrechte. Immer mehr Kinder und Jugendliche leiden unter Ängsten, Depressionen und anderen psychischen Erkrankungen, weil die Hoffnung auf eine gute Zukunft durch die Klimakrise massiv getrübt wird. Diese Katastrophe der Resignation ereignet sich im Stillen.

Ad 6, Land und Wasser:

Pflanzliche Ernährung

Dass eine überwiegend pflanzliche Ernährung der Menschheit wesentlich für das Erreichen der Klimaneutralität ist, wird im kompletten Entwurf kein einziges Mal erwähnt. Der Hebel bei einem Rückgang der Produktion von tierischen Produkten ist aber sehr groß. Dies betrifft einerseits Emissionen aus der Tierhaltung selbst, z.B. Methan und Lachgas sowie Nitratbelastungen des Wassers. Andererseits hat die Tierhaltung besonders große Auswirkungen auf den Flächenverbrauch.

Siehe u.a.:

<https://www.umweltberatung.at/planetary-health-diet>,
<https://ourworldindata.org/environmental-impacts-of-food?insight=meat-and-dairy-foods-tend-to-have-a-higher-carbon-footprint#key-insights>

Aufgrund seiner Tradition und der gewachsenen Kulturlandschaft hat Tirol einen hohen Anteil an Grünland und einen hohen Konsum an tierischen Produkten. Viele Flächen, die für Gemüse- Obst und Getreideanbau geeignet sind, werden aktuell noch immer für die Tierhaltung genutzt. Um die Ernährungssicherheit, die Ernährungssouveränität und die Biodiversität in Tirol zu erhalten und zu fördern, braucht es Maßnahmen, damit der Verzehr tierischer Produkte sinkt und vermehrt pflanzliche Lebensmittel in Tirol produziert und gegessen werden.

Dies hätte auch positive Auswirkungen auf die Bodenqualität, die Wasserqualität- und Verfügbarkeit, die Möglichkeit von Renaturierungsmaßnahmen etc.

Landwirtschaftliche Flächen sollten also prioritär für die Ernährung der Lokalbevölkerung und nicht für die Ernährung und Haltung von Tieren genutzt werden.

Das Thema ist eine Querschnittmaterie. Es zieht sich von der gesunden Schule über die Green Events bis hin zu Erwachsenenbildung und Tourismus.

Ad 7, Mobilität:

Die CO₂-Emissionen im Verkehr sind weiterhin viel zu hoch. Mit rund 19,1 Millionen Tonnen wird im Verkehrssektor österreichweit über ein Drittel mehr CO₂ ausgestoßen als im Jahr 1990, analysierte der VCÖ kürzlich in einer Aussendung. Während die CO₂-Emissionen in den Bereichen Energie, Industrie, Landwirtschaft, Gebäudesektor und Abfallwirtschaft mittlerweile deutlich sinken, ist der Verkehr weit vom Zielpfad entfernt, in manchen Bereichen, wie beim Flugverkehr, steigen die Emissionen ständig.

Gleichzeitig zeigen die klimapolitischen Maßnahmen, die auf Bundesebene im Verkehrsbereich gesetzt wurden, Wirkung. Klimaticket, Jobrad, Fahrgemeinschaften,

Bewusstseinsbildung etc.: All diese Initiativen und Maßnahmen senken den CO₂-Ausstoß und haben dazu geführt, dass die Verkehrs-Emissionen in Österreich im dritten Jahr in Folge zurückgegangen sind. Ein Erfolg, der jedoch auf tönernen Füßen steht. Dass ÖVP und FPÖ im Bund den Vorrang für den PKW wollen, zeigen die ersten Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen und der vorausgegangene Wahlkampf.

Die Mobilitätswende wird zum Teil polarisierend und emotionalisiert diskutiert. Dabei werden die Vorteile für (fast) alle am Verkehr teilnehmenden Gruppen oft zu wenig beleuchtet. Hier braucht es Mut, der Bevölkerung zuzutrauen, mit Veränderungen umzugehen. Nach anfänglicher Unzufriedenheit der Bevölkerung und von Lobbys tritt bei vielen Maßnahmen im Bereich Mobilität bald Ruhe und Zufriedenheit ein. Forschungsergebnisse zeigen, dass bereits kurz nach der Umsetzung von Projekten die Zufriedenheit und das Einverständnis im Vergleich zur Planungsphase stark ansteigen. Beispiele sind innerstädtische Tempolimits, Grünraum statt Parkplätzen und Fußgängerzonen.

Dass das Thema Flugverkehr im 2. Maßnahmenprogramm kaum Beachtung findet, ist ein großes Manko. Insbesondere die Bedeutung des Innsbrucker Flughafens für den Privatflugverkehr wird mit keinem Wort erwähnt. Dieser Privatflugverkehr leistet keinen relevanten Beitrag zur Mobilität aber einen gravierenden für die Emissionen. Es kann nicht sein, dass die, die es sich leisten können, rücksichtslos ihren Lebensstil weiterführen während alle anderen in allen Bereichen Einschnitte erwarten müssen.

Beenden Sie den Privatflugverkehr am Flughafen Innsbruck.

Setzen Sie sich auf Bundesebene für den Abbau klimaschädlicher Subventionen wie Dienstwagen- und Dieselprivileg und Pendlerpauschale ein.

Tempolimits:

Es gäbe im Verkehrsbereich viel finanzielles Einsparungspotenzial. Indem klimaschädliche Subventionen, wie Pendlerförderung, Diesel- und Dienstwagenprivileg, reformiert werden, könnte die nächste Bundesregierung jährlich mehr als eine Milliarde Euro einsparen. Das zeigt eine Analyse des Kontext Instituts.

Das Thema der Verringerung der Geschwindigkeit von Verkehr mit all seinen Vorteilen fehlt im vorliegenden Entwurf des 2. Maßnahmenprogramms.

Bei einer Verringerung der Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen von 130 auf 110 km/h und auf Freilandstraßen von 100 auf 80 km/h ist mit einer Einsparung von rund 1,5 Mio. t CO₂ und rund 650 Mio. Liter Treibstoff zu rechnen.

Geringere Geschwindigkeiten führen grundsätzlich zu gleichmäßiger fließendem Verkehr und deshalb durch weniger Beschleunigungs- und Bremsmanöver zu einer

Reduktion des Energieeinsatzes, der Abgasemissionen und des Staubs aus Abrieb und Aufwirbelung.

Tempolimits wirken sich vor allem auf Landstraßen und Autobahnen aus. Der Verbrauch und damit der CO₂ Ausstoß wie auch die Emissionen der Schadstoffe sinken mit abnehmender Geschwindigkeit deutlich. Die Treibhausgasemissionen lassen sich bei Tempo 100 im Vergleich zu Tempo 130 um knapp ein Viertel reduzieren. Die Stickoxidemissionen können um rund 40% reduziert werden.

Eine Temporeduktion von 130 auf 100 km/h führt zu einer Lärmabnahme, die beinahe einer Halbierung der Verkehrsmenge entspricht. Eine Tempoabnahme von 100 auf 80 km/h reduziert die Lärmemissionen um 2 dB. Dies entspricht einer PKW Fahrzeuganzahlreduktion um etwa 35%.

Auch die Verkehrssicherheit steigt.

Führen Sie in Ihrem Einflussbereich Temporeduktionen durch und setzen Sie sich auch gegenüber der Bundesregierung für Temporeduktionen ein.

Priorisierung: Fuß, Fahrrad, ÖPNV, Auto!

Statt für das Auto zu planen, sollte bei der Projektierung von Verkehrssystemen der Fußverkehr an erster Stelle stehen, gefolgt vom Fahrrad und dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖV). Fußgänger_innen werden in der aktuellen Diskussion zur Mobilitätswende sträflich vernachlässigt. Dabei stellen Fußwege eine der besten Mobilitätslösungen dar. Die Frage, wie Menschen zur Haltestelle des ÖV gelangen, ist von zentraler Bedeutung, da sie die Nutzung des ÖV fördert. Hierbei spielen attraktive Wege eine entscheidende Rolle. Diese Wege sollten nicht nur sicher, sondern auch bequem und gut beleuchtet sein. Grundsätzlich ist auf einen niederschweligen Umstieg von einem Verkehrsmittel auf ein anderes zu achten. Positivbeispiele sind ÖV-Knotenpunkte mit Umstiegsmöglichkeiten auf geteilte Mobilität (Next Bike, Carsharing).

Es ist zukünftig auf eine klimaresiliente Infrastruktur im Bereich ÖV zu achten. Zur Illustration der Problematik im ÖV hier ein Beispiel:

Die Zugstrecke zwischen Innsbruck Hauptbahnhof und Scharnitz (weiter bis Garmisch-Partenkirchen und München) ist gefährdet von Muren, Waldbränden, Starkniederschlägen, die im Zuge des Klimawandels immer häufiger und intensiver werden. Diese Zugstrecke stellt die tägliche Pendelstrecke für unzählige Kinder und Erwachsene zu den Ausbildungs- und Arbeitsstätten dar. Diese Menschen sollen einen sicheren Weg in die Arbeit und in die Schule haben. 2024 entgleiste ein Zug aufgrund einer Mure zwischen Seefeld und Gießenbach, eine weitere Mure zwischen Hochzirl und Kranebitten verlegte 2025 die Gleise. Es ist eine Frage der Zeit bis es auf dieser Zugstrecke zu Personenschäden kommt.

Ein zweispuriger Ausbau, wo technisch realisierbar (Beispielsweise ab Leithen bis Mittenwald) könnte die Fahrzeiten verkürzen, ebenso, wie die Intervalle zwischen den Zügen. Bekannte Gefahrenstellen sind im Bereich von Schieneninfrastruktur sind zu entschärfen.

Viele Zugverbindungen weisen nach wie vor eine unerträgliche Lücke zur Mittagsstoßzeit auf. Kinder müssen nach Unterrichtsende 40 Minuten auf die nächste Möglichkeit zur Heimfahrt warten, und dies jeden Tagen, wenn sie "nur" Vormittagsunterricht haben. Es liegt auch in der Verantwortung der Erwachsenen, allen Kindern Zugang zu Bildungsangeboten in Innsbruck, z.B. Gymnasien und Berufsschulen, zu ermöglichen. Aktuell wird Kindern aus eigentlich nahen Einzugsgebieten der Schulbesuch in Innsbruck erschwert, weil die Fahrtintervalle der öffentlichen Verkehrsmittel aufgrund fehlender Abstimmung mit den Schulzeiten nicht zumutbar sind. Eine einzige Verbindung um 13:38 Uhr (Abfahrt Innsbruck Hbf - Richtung Mittenwald) würde jedem einzelnen Kind pro Tag eine halbe Stunde Wartezeit ersparen.

Tourismusbilität

Lobenswert ist das Angebot der Deutschen Bahn, die in den Wintermonaten direkte Verbindungen nach Seefeld für Wintertourist_innen anbietet, ebenso wie der Gratis-Nahverkehr und vergünstigte Hotelübernachtungspreise für Tourist_innen, die öffentlich anreisen. Solche Angebote sollten auch in Tirol häufiger werden. Gleichzeitig sollte eine Anreise via Flugzeug innerhalb von Kurzstreckenflügen gänzlich abgeschafft werden, wenn die Anreise mit anderen ÖV möglich ist. Die mit dem Flugzeug anreisenden Gäste stellen nur einen sehr kleinen Teil aller Gäste im Winter wie im Sommer dar, tragen aber einen unverhältnismäßig großen Teil zur Schadstoff- und Lärmbelastung durch den Tourismus bei. Zumindest sollte eine Bewerbung der Anreise mit dem Flugzeug nicht unterstützt werden.

Die sukzessive Rücknahme von Parkflächen für Gäste zugunsten von Grünräumen bei gleichzeitiger Bewerbung von und Anreizen für eine öffentliche Anreise, könnte die Aufenthaltsqualität vor Ort verbessern und eine Lenkung zur ökologischen Anreise unterstützen. Auch autofreie Ortskerne tragen dazu bei.

Zur Umsetzung der Tiroler Radstrategie

Die Unterstützung der Gemeinden und Förderung der Interkommunalen Zusammenarbeit ist gut, aber zu wenig. Es darf nicht an der Gemeindegrenze Ende sein, weil sich Bürgermeister_innen nicht einig sind oder weil Gemeinden sich die Grundablöse nicht leisten können oder wollen.

Es bedarf der Ausweisung überregionaler Radstrecken sowie die Unterstützung der rechtlichen und finanziellen Abwicklung durch das Land. Als Vorbild kann die

Umsetzung von Landesstraßen dienen, wo sehr wohl das Land die Grundeinlöse durchführt und baut.

Wann immer in guter Qualität möglich, soll über Um- und Ausbau bestehender Landesstraßen der Radverkehr integriert werden. Priorität muss auf den Alltagsverkehr gelegt werden, um die Mobilität für Wege bis Entfernungen von 10 km und damit die Kombinationsmöglichkeit von Verkehrsmitteln zu verbessern.

Neue Radwege müssen so konzipiert sein, dass eine ganzjährige Nutzung möglich und für einen Zuwachs an Radverkehr ausreichend Platz eingeplant ist. Für einen funktionierenden, ökologisch vertretbaren Winterdienst muss auf entsprechende Kanalisation geachtet werden.

Ad 9, Landesverwaltung als Vorbild

Der Klimacheck für Landesgesetze ist eine wichtige Maßnahme zur Evaluierung der Auswirkung politischer Entscheidungen, aber bisher zahnlos und intransparent. Die Ergebnisse dieser internen Klimachecks sind aktuell nicht auffindbar für die interessierte Öffentlichkeit. Wir empfehlen eine Veröffentlichung der Vorgangsweise im Rahmen der Klimachecks, ebenso der konkreten Ergebnisse pro Erstellung und eine verbindliche Vorgangsweise und Reevaluierung von Gesetzesvorhaben bei ungünstigem Ausgang des Klimachecks.

FAZIT:

Wir sehen viele Fortschritte im 2. Maßnahmenprogramm. Weiterhin fehlen uns aber verbindliche Zielpfade und ein der Klimakrise entsprechend ehrgeiziges Gesamtziel. Zudem zeigt der Entwurf kein erkennbares Verständnis für die Zielkonflikte, die sichtbar werden (Beispiel Biodiversität und Wasserkraft) und keinen planvollen Umgang damit.

Im Jahr 2024 hat die Erderhitzung die 1,5°C-Schwelle hinter sich gelassen, Wissenschaftler_innen sehen Kippunkte überschritten, die Meere heizen sich überraschend schnell auf. Katastrophen in Österreich und überall auf der Welt häufen sich. Unsere Glaubwürdigkeit den Kindern und Jugendlichen gegenüber steht auf dem Prüfstand.

Bitte tun Sie alles in Ihrer Macht stehende für die Zukunft unserer Kinder.